

Familie Abuzarifa: Bern hat endlich gezahlt

Der Kanton Bern hat sich mit dem Anwalt der Familie des am 4. März 1999 im Lift des Flughafens Kloten zu Tode gequälten Khaled Abuzarifa auf eine Entschädigungszahlung geeinigt. Khaled ist vor der Zwangsausschaffung unter Aufsicht eines Berner Arztes auf einen Rollstuhl gefesselt und von drei Berner Kantonspolizisten mit verklebtem Mund aus der Polizeistation im Flughafenparkhaus geschoben worden. Im Lift ist der gefesselte und geknebelte palästinensische Flüchtling erstickt. Das Bezirksgericht Bülach hatte den die Ausschaffungshandlungen leitenden Polizisten und den begleitenden Arzt in erster Instanz der fahrlässigen Tötung für schuldig befunden. Der Kanton Bern hat der Familie gegenüber zwar nie seine Mitverantwortung am Tod des Sohnes und Bruders anerkannt, im Hinblick auf die Entschädigungs- und Genugtuungsforderungen aber die Staatshaftung für die Handlungen der Kantonspolizisten und des Arztes übernommen.

Die Verhandlungen haben sich wegen der schwierigen Kommunikation mit den in Gaza lebenden Hinterbliebenen in die Länge gezogen. Im Herbst 2009 konnte dann endlich eine Vereinbarung unterzeichnet werden, die für die Mutter Sharifa und die vor Khaleds Verhaftung von seinen Zahlungen lebenden drei Brüder namhafte Entschädigungen vorsehen. Inzwischen hat der Kanton Bern die vereinbarte Summe ausbezahlt und damit die juristischen Verfahren beendet.

Die politische Aufarbeitung der Staatstötung hingegen hat noch nicht begonnen. Am Tatort im Flughafen Kloten gibt es keine Gedenktafel – und das ist auch kein Zufall. Nach wie vor werden nämlich jährlich mehrere hundert Männer und Frauen im Flughafen Kloten ruhiggestellt, gefesselt, mit massiven Zwangsmassnahmen und einem Grossaufgebot von PolizistInnen in fliegende Kisten gepfercht und unter Missachtung des Nonrefoulement-Prinzips in Verfolgerstaaten transportiert. **augenauf Zürich**

Das Allerletzte

«Dank» des am 3. Februar 2010 unterzeichneten Rücknahmeabkommens zwischen der Schweiz und dem Kosovo können jetzt auch gefährdete Roma ausgeschafft werden.

Die Roma in Kosovo werden auch zehn Jahre nach dem Krieg noch immer diskriminiert, bedroht und schikaniert. Trotzdem hat die Schweiz im April 2009 Kosovo als sogenanntes «Safe Country» bezeichnet (Staat, in dem keine Menschen verfolgt werden) und nun das Rücknahmeabkommen unterzeichnet. Dabei hat sich die Situation für ethnische Minderheiten nicht verbessert: Immer wieder kommt es zu rassistischen Übergriffen auf Roma-Fa-

milien, und es fehlt an sicheren und menschenwürdigen Unterkünften.

Leben auf Europas Müllhalde

Im Dezember 2009 lebten noch immer 560 Roma und Aschkali – eine weitere ethnische Minderheit im Kosovo – in den bleivergifteten Lagern von Mitrovica. Medizinische Tests haben im Blut der BewohnerInnen einen durchschnittlichen Bleigehalt von 30 bis 40 Mikrogramm pro Deziliter nachgewiesen. Bereits ab 10 Mikrogramm werden Organe dauerhaft geschädigt, allen voran das Gehirn. Kinder bekommen Krämpfe, können sich nicht konzentrieren, sind psychisch gestört und fallen in komatöse

Zustände. Frauen erleiden Fehlgeburten. 83 Menschen sind dort inzwischen gestorben. Experten gehen davon aus, dass die hohe Bleikonzentration im Boden und in der Luft zu ihrem Tod beigetragen hat.

augenauf fordert: Keine Zwangsrückführung der gefährdeten Roma.

Quellen: Unicef, Human Right Watch und dRoma-Blog: www.roma-service.at/dromablog/?p=6552



Impressum

Das augenauf-Bulletin erscheint mindestens viermal im Jahr. Herausgegeben von:

Gruppe augenauf
Postfach, 8026 Zürich
Tel. 044-241 11 77
PC 80-700 000-8
mail: zuerich@augenauf.ch

augenauf Bern
Quartiergasse 17, 3013 Bern
Tel. 031-332 02 35
PC 46-186462-9
mail: bern@augenauf.ch

AG augenauf Basel
Postfach, 4005 Basel
Tel. 061-681 55 22
PC 40-598705-0
mail: basel@augenauf.ch

Homepage: www.augenauf.ch

Wir danken Fotosatz Salinger für die Unterstützung – und freuen uns über jede andere ideelle und finanzielle Unterstützung.